Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 7: Schulprobleme

Artikel: Eine Zukunft für die Neutralität in Europa?
Autor: Birnbaum, Karl E.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162870

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gras wird darüber wachsen, haben wir gesagt und haben dem Rektor recht gegeben und wehret den Anfängen, haben wir ihm nachgeplappert.

Und als es dann so gekommen ist, wie es kam, sind unsere Kinder traurig an Franziskas Grab gestanden und haben

nobody knows the trouble I've seen

gesungen, und es hat uns selber auch um Franziska leid getan, und wir haben uns gefragt, was dieser Tod zu bedeuten habe.

KARL E. BIRNBAUM

Eine Zukunft für die Neutralität in Europa?

Einleitung

In der elementarsten und geläufigsten Bedeutung des Wortes heisst Neutralität: sich fernhalten von einem bestehenden oder möglichen Konflikt[1]. Im politischen Rahmen Europas der letzten Jahrzehnte bedeutete Neutralität eines bestimmten Landes gewöhnlich Nichteinmischung in den Kalten Krieg, verbunden mit Versuchen, seine Aktionsfreiheit so gross wie möglich zu halten in der Absicht, sich aus einer möglichen bewaffneten Auseinandersetzung herauszuhalten. Die Nachkriegssituation in Europa lässt vermuten, dass in den spezifischen Umständen, die im Alten Kontinent während des grössten Teils der Nachkriegszeit vorherrschten, eine neutrale oder blockfreie Option nur denjenigen Ländern offen war, welche im Kalten Krieg nicht selbst wesentliche Mitspieler waren. Da Europa das Hauptkonfliktgebiet zwischen Ost und West war und die Neutralität nicht nur Konflikte voraussetzt, sondern auch ein Minimum an Gleichgewicht zwischen den streitenden Parteien[2], waren die Politiker geneigt, die Neutralität irgendeines grösseren Teils von Ost- oder Westeuropa (oder Entwicklungen, die dazu führten) als Bedrohung der «Stabilität» des vorhandenen Konfliktsystems aufzufassen. Während beide Seiten verbal der Suche nach

Einigung verpflichtet und deshalb für eine qualitativ andere Konstellation in Europa eingestellt waren, bezeugten ihre Handlungen während der Zeit des Kalten Krieges eine Bevorzugung der Aufrechterhaltung der Ost-West-Konfrontation, weil jede Alternative – einschliesslich vor allem des Disengagements oder der Neutralisierung in Zentraleuropa und des «friedlichen Engagements» seitens des Westens in Osteuropa – das allgemeine Gleichgewicht zu gefährden schien.

Zu Beginn der siebziger Jahre hatten jedoch fundamentale Änderungsprozesse sowohl die globalen wie die regionalen Verhältnisse der europäischen Politik verwandelt. Die Voraussetzungen für die Neutralität in Europa während der siebziger und in den kommenden achtziger Jahren werden deshalb voraussichtlich andere sein als diejenigen, welche die zwei vorausgehenden Jahrzehnte geprägt haben. In diesem Aufsatz werden wir uns vor allem mit den denkbaren Zielen und Konsequenzen neutraler Politik seitens der grösseren europäischen Staaten im Laufe der nächsten zehn oder fünfzehn Jahre befassen und einige allgemeine Bemerkungen über die Zukunft der Neutralität, wie sie zur Zeit in Europa praktiziert wird, anfügen. Bevor wir jedoch zur Substanz dieser Fragen vordringen, sollten die massgebenden Überzeugungen und Werturteile des Autors dargelegt werden, da diese ja gezwungenermassen die daraus folgenden Analysen beeinflussen.

Einige Grundvoraussetzungen

Der wichtigste Aktivposten eines entwickelten europäischen Staates, der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Politik der Neutralität befolgt, scheint mir in seiner Fähigkeit zu unabhängigem Urteil zu liegen; in der Chance, relativ frei zu sein von der Druckausübung stärkerer Staaten, die auf Konformität mit ihren Ansichten und Positionen dringen. Hieraus kann die Möglichkeit zu vermittelnder Tätigkeit, zum Brückenschlag oder zu friedenserhaltenden Funktionen abgeleitet werden; auch kann die Rolle des unparteiischen Richters in der Beurteilung und Wahrung allgemein menschlicher Interessen übernommen werden, von Interessen, die über die spezifischen Anliegen irgendeines gegebenen Staates oder einer Staatengruppe hinausgehen. Die Dienste, welche neutrale Staaten durch Ausübung dieser Funktionen zu leisten vermochten, stellen auch die wichtigsten und wirksamsten Beiträge zur Sicherheit und Wohlfahrt der eigenen Völker dar. Damit soll aber die Tatsache nicht geleugnet werden, dass ihr neutraler Status meistens motiviert wurde als ein Mittel, die Chancen auf den höchsten

Grad zu steigern, sich aus einem möglichen bewaffneten Konflikt herauszuhalten – ein Standpunkt, der auch heute noch als nicht ganz unrealistisch erscheint und deshalb legitim bleibt.

Aber in einer Welt, die mit Kernwaffen und anderen Massenzerstörungsmitteln aufgestockt ist, in einer Welt rasch wachsender Interdependenz zwischen technologisch und wirtschaftlich fortgeschrittenen Gesellschaften besteht der wirksamste Weg darin, die vitalen Interessen all jener Nationen sicherzustellen, die nicht der Liga der Supermächte angehören, auf internationale Konventionen und Vereinbarungen hinzuarbeiten, welche Konflikte verringern und den rationellen Gebrauch und die Verteilung der Güter und Hilfsquellen des Planeten Erde regulieren sollen. In diesem Bereich könnten ungebundene europäische Staaten entscheidende Funktionen übernehmen[3].

Es lassen sich *zwei* Grundkategorien von Bedingungen unterscheiden, die *gleichzeitig* vorhanden sein müssen, damit Neutralität im gegenwärtigen internationalen System sich behaupten kann.

Die *erste*, welche sich auf Bedingungen bezieht, die *innerhalb* der sich um Neutralität bemühenden Gebiete vorherrschen, beinhaltet, dass die politischen Kräfte, welche dem Verhalten eines bestimmten Landes oder einer bestimmten Ländergruppe zugrunde liegen, den Willen und die Fähigkeit mobilisieren und manifestieren, einen neutralen Status einzunehmen und beizubehalten. Diese Erfordernisse schliessen ihrerseits ein Minimum an wirtschaftlicher Unabhängigkeit und militärischer Selbstverteidigung ein sowie den manifesten Entschluss, die entsprechenden wirtschaftlichen und politisch-militärischen Massnahmen zu ergreifen und über eine gewisse Zeit hinaus aufrechtzuerhalten.

Die *zweite* Kategorie von Bedingungen bezieht sich auf die Haltung und Politik von Staaten *ausserhalb* der Gebiete, welche Neutralität anstreben, und insbesondere auf solche, welche das globale und regionale Gleichgewicht der Kräfte bestimmen. Nur wenn diese sich bekämpfenden Staaten ein gemeinsames Interesse an der neutralen Stellung eines bestimmten Gebietes an den Tag legen – oder wenn sie zumindest geneigt sind, zu tolerieren, dass dieses sich aus ihrer Auseinandersetzung heraushalten wird –, kann die Neutralität eine denkbare Option für einen Staat oder eine Staatengruppe in diesem Gebiet sein. Dieses Erfordernis schliesst ein, dass die sich bekämpfenden Mächte ausserhalb dieser Region die Neutralität der letzteren nicht als eine Bedrohung des allgemeinen Kräftegleichgewichts zwischen ihnen auffassen.

Wenn diese Grundvoraussetzungen erfüllt sind, und wenn zudem die Ansicht des Autors geteilt werden kann, dass in absehbarer Zukunft keine Sowjetregierung bereitwillig einem neutralen Status für irgendeinen ihrer

osteuropäischen Alliierten zustimmen wird, dann scheint daraus zu folgen, dass eine Diskussion über die Zukunft der Neutralität in Europa auf Entwicklungen und Optionen beschränkt sein sollte, welche die Politik derjenigen europäischen Staaten beeinflussen, die nicht dem Warschauer Pakt angehören, wobei die mögliche Haltung der Mitglieder der erweiterten europäischen Gemeinschaft besondere Beachtung verdient.

Die Quellen des westeuropäischen Neutralismus

Wir haben auf die Tatsache hingewiesen, dass die Konzentration des Kalten Krieges auf Europa und das prekäre Gleichgewicht zwischen Ost und West eine Situation schufen, in welcher die Neutralisierung irgendeines grösseren Teils Europas von den zwei Supermächten als eine Bedrohung dieses Gleichgewichts gesehen wurde. Während diese Umstände verhinderten, dass die Neutralität eine mögliche Option irgendeiner der Hauptstaaten Westeuropas während der fünfziger und sechziger Jahre wurde, so schlossen sie doch das Entstehen neutralistischer Tendenzen in der Politik Westeuropas nicht ganz aus. Das Verständnis für die Gefühle und Bestrebungen, welche diese Tendenzen stimulierten, muss Bestandteil einer Analyse der künftigen Möglichkeiten der Neutralität in Europa sein. Nicht nur sind einige dieser Kräfte immer noch oder wieder wirksam: im neuen regionalen und weltweiten Kräftespiel der siebziger und achtziger Jahre können sie sehr wohl erneut zusätzliche Stosskraft und grössere Lebensfähigkeit gewinnen als bisher.

Wenn wir für einen Augenblick den besonderen Fall Österreich und Irland sowie die «traditionellen» Neutralen Europas, nämlich Schweden und die Schweiz, ausser acht lassen, so scheint die Tendenz in Westeuropa, einen neutralen Stand einzunehmen, hauptsächlich von den folgenden Überlegungen und Gefühlen motiviert gewesen zu sein:

1. dem Wunsch, globale und/oder regionale Spannungen zu mildern, wobei die Angst mitspielte, in Konflikte hineinzugeraten, bei welchen keine ausgesprochenen «europäischen» Interessen auf dem Spiel standen;
2. dem Mangel an Vertrauen in die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der politischen und militärischen Massnahmen, welche von der beschützenden amerikanischen Supermacht getroffen wurden;
3. Gefühlen kultureller und ideologischer Andersartigkeit und sogar Gegensätzlichkeit sowohl den Vereinigten Staaten wie auch der UdSSR gegenüber;
4. dem Wunsch, spezifisch europäische Interessen in einer von den Supermächten beherrschten internationalen Umgebung zu wahren.

Während einige dieser Bedenken zu gegenseitiger Aufhebung tendierten (1. und 2.), so hatten andere (2., 3., 4.) eine kumulative Wirkung. Keines derselben scheint seine Relevanz heute verloren zu haben, aber die Besorgnisse, die zu den Kategorien 3. und 4. gehören, sind in den letzten Jahren mehr in den Vordergrund getreten.

Welches sind die hauptsächlichsten Faktoren, welche die Stärke dieser Gefühle und Bedenken determinieren? Und was kann folglich Plausibles über die Bedeutung der Quellen der westeuropäischen Neutralität in Zukunft angenommen werden? Spekulationen über diese Fragen müssen offensichtlich Hand in Hand gehen mit einer Einschätzung denkbarer Änderungen in den Voraussetzungen der Neutralität in Europa als Resultat globaler und regionaler Entwicklungen.

Die wechselnden Voraussetzungen der Neutralität in Europa

Einige grundsätzliche Änderungen in der internationalen Politik, welche die Führung einer neutralen Politik in Europa (und anderswo) erleichtern, gehen auf die Einführung von Kernwaffen in den Arsenalen der zwei Supermächte und auf das Entstehen einer bipolaren Machtstruktur zurück. Während die Hauptmerkmale dieser Situation seit Mitte der fünfziger Jahre überwiegen, war ihre Bedeutung während langer Zeit nicht allgemein anerkannt. Henry Kissinger bezog sich auf den Trend in Richtung einer Angleichung von Alliierten und Neutralen im Kernzeitalter, als er 1964 schrieb:

«Eines der Kennzeichen des Kernwaffenzeitalters ist, dass das nationale Interesse der Grossmächte eindeutiger geworden ist ... Keine der führenden Atommächte kann einen grösseren Vorsprung ihres Gegners zulassen, unabhängig davon, ob das Gebiet, wo dies erfolgt, formell von einem Verbündeten beschützt wird oder nicht ... Unter diesen Umständen ist die Unterscheidung zwischen Verbündeten und Neutralen im Verschwinden begriffen. Ein Land gewinnt wenig dadurch, dass es verbündet ist und verliert wenig dadurch, dass es neutral ist[4].»

Max Jakobson, der erfahrene finnische Diplomat, kam ungefähr zum gleichen Schluss, als er die Folgen des Kernwaffenzeitalters für die europäischen Neutralen analysierte:

«Das Gleichgewicht des Schreckens wirft seine Schatten auf alle Länder Europas, Verbündete und Neutrale gleichermassen; insofern es als Abschreckungsmittel gegen den Gebrauch von Gewalt wirkt, profitieren Neutrale sozusagen kostenlos ebenso davon wie die Mitglieder der Allianz. Gleichzeitig ist der Wert des Schutzes, den eine Mitgliedschaft in einer Allianz bietet, fragwürdig geworden; für ein kleines Land ist er mit der Bedrohung durch nukleare Vernichtung verknüpft[5].»

In den frühen siebziger Jahren wurde allgemein eingesehen, dass der Abschreckungseffekt der Allianzen in Europa nicht mehr so ausschliesslich ist wie zuvor, auch ihr Schutzwert ist nicht mehr so überzeugend. Dieser Sachverhalt begünstigt zweifellos das Einhalten einer neutralen Politik, aber er hat nicht genügt, um irgendeines der grösseren Länder Europas zu einem neutralen Status zwischen Ost und West zu veranlassen[6]. Auf der Basis der von uns ursprünglich angenommenen Voraussetzungen der Neutralität würden wir zusätzliche Veränderungen in weltweitem Massstab zu erwarten haben, ehe die Neutralität sich den westeuropäischen Politikern als eine attraktive Option darbieten könnte. Sind irgendwelche Entwicklungen in Sicht, welche dieser Möglichkeit förderlich sein könnten?

Die internationale Position Westeuropas als einer Einheit und die aussenpolitischen Optionen der einzelnen westeuropäischen Staaten in den siebziger Jahren scheinen hauptsächlich von den folgenden Strömungen beeinflusst zu sein:

1. einem Nachlassen der Ost-West-Spannung und einem gleichzeitigen Anwachsen der Kooperation und anderer Formen positiver Interaktionen zwischen Ost- und Westeuropa;
2. einer ständigen globalen Rivalität zwischen den beiden Supermächten, verbunden mit Anstrengungen, ihre weltweite Konkurrenz innerhalb übersehbarer und beeinflussbarer Grenzen zu halten, was wiederum erschwert wird durch das Auftreten Chinas und Japans als zunehmend einflussreichen Akteuren im internationalen Geschehen;
3. der Erweiterung und zusätzlichen Konsolidierung der westeuropäischen Gemeinschaft, wodurch der Ausblick auf eine institutionalisierte politische Zusammenarbeit in Westeuropa eröffnet wird.

Die Frage stellt sich, ob diese Strömungen eine Situation bewirken könnten, in welcher die zwei Grundvoraussetzungen für die Neutralität in Westeuropa erfüllt sein würden, nämlich *zuerst* ein übereinstimmendes Interesse der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die Neutralität in Westeuropa zu tolerieren, das heisst sie weder zu bestrafen noch auszunützen, und *zweitens* der manifeste Wille und die Fähigkeit der relevanten politischen Kräfte Westeuropas, einen neutralen Stand zwischen den zwei Supermächten einzunehmen und beizubehalten.

Je weniger Europa die Hauptszene für die Rivalität zwischen den Supermächten abgibt, desto eher werden die Vereinigten Staaten geneigt sein, einen ungebundenen Status Westeuropas als ganzem oder einzelner westeuropäischer Länder hinzunehmen – *vorausgesetzt*, dass die Sowjetunion eine solche Entwicklung nicht ausnützt. In der durch die Ost-West-Vereinbarungen 1970–1972 geschaffenen Situation könnte sich Moskau eine solche

Zurückhaltung wohl leisten, da sie der UdSSR ermöglichte, sich auf die Konsolidierung der Lage in Osteuropa zu konzentrieren, ohne gleichzeitig das gegenwärtige Kräftearrangement im westlichen Teil des Alten Kontinents herauszufordern[7]. Die Neutralisierung Westeuropas würde anderseits die Erfüllung eines traditionellen Ziels der sowjetischen Politik in Europa einschliessen: die Zerstörung der westlichen Allianz.

Wenn die Entschärfung der Ost-West-Spannung im ganzen dazu führt, dass die erste Voraussetzung der Neutralität in Westeuropa erfüllt wird, so scheint dies auch auf die fortgesetzte globale Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zuzutreffen. Das Konzept der Neutralität setzt jemanden voraus, «dem gegenüber man neutral sein kann»; für die absehbare Zukunft bietet die Rivalität zwischen Moskau und Washington den einzig denkbaren Rahmen für eine neutrale Haltung seitens Westeuropas.

Und wie steht es mit der dritten der oben aufgezeigten internationalen Entwicklungen: dem Fortschritt in Richtung wirtschaftlicher und politischer Integration in Westeuropa? Da die westeuropäische wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit so viel Unsicherheit befrachtet ist, ist die Voraussage auf diesem Gebiet ganz besonders schwierig. Aber es ist schwer vorstellbar, dass dieser Trend die amerikanische Zustimmung zur westeuropäischen Neutralität fördern könnte. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher, da ein erhöhter westeuropäischer Zusammenhalt und ein daraus folgendes verstärktes Gewicht dieses Gebietes in der weltweiten Auseinandersetzung dazu führen könnte, Westeuropa zu einem bedeutenderen Faktor in der Konkurrenz zwischen den Supermächten zu machen. Vielmehr könnte eine solche Möglichkeit die amerikanischen Aspirationen zur Errichtung einer «gleichwertigen Partnerschaft» zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa verstärken, wie dies in Dr. Kissingers Initiative zu einer «atlantischen Charta» vorgeschlagen wurde.

Ein bedeutsamer Fortschritt zu einer engeren, institutionalisierten Zusammenarbeit in Westeuropa kann anderseits unter gewissen Bedingungen politische Kräfte erzeugen oder fördern, die auf einen neutralen Status hinzielen. Wenn zum Beispiel sowjetische politisch-militärische Haltungen in Europa ausgesprochen «friedlich» wären und eine explizite Annahme der europäischen Gemeinschaft einschliessen würden, während sich die Wirtschaftskonflikte zwischen der letzteren und den Vereinigten Staaten gleichzeitig verschlimmerten, so könnte dies wohl eine Neutralisierung Westeuropas begünstigen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die drei wichtigsten internationalen Strömungen, welche zurzeit zu überwiegen scheinen, kaum eine Situation herbeiführen dürften, in welcher die genannten zwei Vorbedin-

gungen der Neutralität in Westeuropa *gleichzeitig* erfüllt wären. Diese Tatsache schliesst jedoch mögliche Entwicklungen nicht aus, die zu einer neutralen Orientierung seitens einiger der grösseren westeuropäischen Staaten oder einer einheitlicheren Gruppierung in Westeuropa führen könnten, besonders wenn unsere Perspektive eher zehn bis fünfzehn als nur fünf Jahre umfasst. In den folgenden Kapiteln werden wir versuchen, zwei Szenarios für die Entstehung der Neutralität als einer aussenpolitischen Orientierung der westeuropäischen Staaten zu entwerfen.

Die folgenden allgemeinen Voraussetzungen gelten für beide zu besprechenden Szenarios:

1. Der globale Wettkampf zwischen der Sowjetunion und den USA geht weiter; beide suchen eine direkte bewaffnete Konfrontation zu vermeiden.
2. Der Pazifik sowie Süd- und Ostasien sind die Hauptgebiete internationaler Ereignisse der Machtpolitik, mit den USA, der UdSSR, China und Japan als Hauptakteuren.
3. Die Ost-West-Entspannung und die europäische Zusammenarbeit werden fortgesetzt, wenn auch mit gelegentlichen Rückschlägen, hauptsächlich infolge von Unruhen in Osteuropa.

Szenario 1 für ein neutrales Westeuropa

Dieses Szenario gründet auf der zusätzlichen Hypothese einer ständig fortschreitenden Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Westeuropa. Es wird angenommen, dass diese Tendenz zwischen 1980 und 1985 zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion führen wird, und dass sie eine zunehmend koordinierte westeuropäische Aussen- und Verteidigungspolitik und gemeinsame politische Institutionen zur Folge haben wird.

Wenn Westeuropa eine politische und wirtschaftliche Einheit wird, wird es auch eine engere Verbindung mit den europäischen Neutralen, Schweden, der Schweiz, Österreich und Finnland wie auch mit Jugoslawien und Spanien herstellen. Wir sind von der Annahme ausgegangen, dass ein sich zusammenschliessendes Westeuropa das amerikanische Interesse am Bestehen einer gleichberechtigten Partnerschaft stärken wird. Die gleichen Kräfte jedoch, die auf mehr Gleichberechtigung in der Beziehung USA – Westeuropa hinzielen, können wohl auf die Dauer die harmonische Kooperation zwischen den zwei Mächten diesseits und jenseits des Atlantik gefährden.

Auf diese Möglichkeit wurde zu Recht in der 1969 vom Institut für

Strategische Studien über die Zukunft Europas veröffentlichten Abhandlung hingewiesen:

«Gerade das Konzept eines vereinigten Europa in einer *völlig* gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA könnte seinerseits einen europäischen Nationalismus stimuliert haben, welcher Autonomie, Macht und Status als Selbstzweck fordert, einschliesslich des Verlangens, dass Europa eigene Kernwaffen besitzen sollte. Das Resultat könnte gegenseitig aufeinander wirkender amerikanischer Isolationismus und europäischer Neutralismus sein ...[9].»

So könnte die verwirklichte «gleichberechtigte Partnerschaft» sozusagen ein Übergangsstadium in den Beziehungen der USA zu Westeuropa darstellen, wobei Amerika grollend einen neutralen Status seines früheren Partners zu akzeptieren hätte.

Aber könnte dieser Zustand andauern? Wir sind davon ausgegangen, dass die Neutralität in Westeuropa Toleranz seitens der beiden Supermächte erfordert und den Willen und die Fähigkeit der politischen Kräfte Westeuropas, einen neutralen Status einzunehmen und beizubehalten. Könnte sich die Sowjetunion der Versuchung enthalten, die schwerwiegende Situation einer transatlantischen Entfremdung auszunützen, welche wir im vorhergehenden Stadium dieses Szenarios voraussetzten? Und würde dies nicht westeuropäische Befürchtungen einer «sowjetischen Beherrschung» wiedererwecken, die Kräfte der Neutralität ersticken und schliesslich die westeuropäischen Staaten zu einer Art Rückkehr zum «Atlantizismus» ermutigen? Der eigentliche Zweck dieses Szenarios ist es, die Möglichkeit einer anderen Entwicklung darzulegen.

Solange der Westen den Status quo in Zentral- und Osteuropa nicht akzeptierte, stellte Moskau zwangsläufig eine enge Verbindung her zwischen den zwei Hauptzielen seiner europäischen Politik: den östlichen Teil des Alten Kontinents zu *konsolidieren* und den westlichen Teil *aufzuspalten*. Nur indem sie den Westen desintegrierten, konnten die Sowjetführer hoffen, dass diejenige Bedrohung ihres osteuropäischen Imperiums wegfallen würde, die sie von einem unzufriedenen, von seinen Alliierten und besonders der Atommacht USA unterstützten Westdeutschland zu verspüren vermeinten. Seitdem die Ost-West-Verträge Mitte 1972 in Kraft getreten sind und der Westen den territorialen und politischen Status quo in Europa damit akzeptiert hat, hat die Sowjetunion zumindest die Option, *nur* eine Politik der Konsolidierung des Status quo zu verfolgen. In dem Ausmass, wie Moskau die «gegenseitig vorteilhafte» Kooperation mit einem einheitlichen Westeuropa zu entwickeln wünscht, wird es die europäische Gemeinschaft zu respektieren haben und davon absehen müssen, deren Zusammenhalt zu unterminieren[10].

Vor diesem Hintergrund erscheint es als denkbar, dass eine sowjetische

«Ausbeutung» einer gescheiterten amerikanisch-westlichen Partnerschaft Formen annehmen könnte, welche die Kräfte in Richtung eines westeuropäischen Neutralismus eher verstärken als abschwächen würden. So könnte Moskau gewisse spezielle Projekte der Zusammenarbeit planen, um die negativen Auswirkungen diskriminierender amerikanischer Massnahmen abzuschwächen, oder spektakuläre Angebote machen, um die USA-Hilfe an Westeuropa in denjenigen Gebieten zu ersetzen, wo die Sowjetunion führend ist, zum Beispiel im Bereich der Raumschiffahrt und der Nachrichtensatelliten. Es scheint auch plausibel, dass in einer solchen Situation Moskau gehemmt wäre, Massnahmen zu treffen, welche als militärische Bedrohung Westeuropas aufgefasst werden könnten, da sie das Bild stören würden.

Wie steht es aber mit dem Willen und der Fähigkeit Westeuropas, einen neutralen Status beizubehalten, besonders auf militärischem Gebiet? Während der *Entschluss*, einen bündnisfreien Status einzunehmen, in der obigen Darstellung vorausgesetzt wird, muss das Problem der nötigen *Fähigkeiten* etwas näher analysiert werden.

Unter den eingangs aufgeführten Grundvoraussetzungen der Neutralität bezogen wir uns auf ein Minimum an wirtschaftlicher Unabhängigkeit und militärischer Selbstverteidigung. Im Falle eines einheitlichen Westeuropa würden diese Erfordernisse die Fähigkeit einschliessen, der Bevölkerung einen materiellen Lebensstandard und ein Sicherheitsgefühl zu garantieren, welche nicht wesentlich geringer sind als das, was die Völker Westeuropas während der vorhergehenden Periode der Partnerschaft mit den USA geniessen konnten. Auf militärischem Gebiet würde dies nicht nur angemessene konventionelle Streitkräfte bedeuten, sondern auch eine glaubwürdige nukleare Abschreckung. Welches sind nun die Aussichten für eine Erfüllung dieser Erfordernisse?

Von der wirtschaftlichen Interdependenz zwischen Westeuropa und den USA, welche 1973 so deutlich ist, könnte erwartet werden, dass sie nach einer Periode «gleichberechtigter Partnerschaft» in ein noch fortgeschritteneres Stadium treten würde. Unter diesen Umständen müsste das Ende der Partnerschaft beiden Seiten schwere Nachteile bringen, die einigermassen in Schranken zu halten aber im beidseitigen Interesse liegen würde. So könnte ein sich vereinigendes Westeuropa, das Neutralität anstrebt, ein bestimmtes Ausmass an wirtschaftlicher Selbständigkeit beibehalten, wenn diese nicht absolut verstanden wird, sondern eher als eine Position, die stark genug wäre, um sich eine gewisse Handlungsfreiheit zu sichern.

Wäre die Haltung der USA gegenüber Europa auf dem Gebiet wirtschaftlicher Beziehungen von grundlegender Bedeutung, so liesse sich dasselbe für die militärischen Dispositionen sagen. Der Entschluss Westeuropas, einen neutralen Status einzunehmen, würde definitionsgemäss eine fort-

gesetzte militärische Kooperation mit Amerika ausschliessen. Aber in einer Welt, in der die Rivalität zwischen den USA und der UdSSR ein Hauptmerkmal internationaler Politik bleiben würde, wäre von Washington zu erwarten, dass es ein fundiertes Eigeninteresse hätte, Westeuropa daran zu hindern, unter sowjetische Herrschaft zu gelangen. Trotz der nach dem Ende der Partnerschaft eingetretenen Entfremdung zwischen den USA und Westeuropa wäre Amerika wahrscheinlich willens, irgendeine Art nuklearer Rückversicherung weiterhin zu gewähren, um in Westeuropa extremen Situationen zuvorzukommen. Und Westeuropa, das es kostspielig genug fände, die nötigen konventionellen Streitkräfte bereitzuhalten, könnte sich wohl dazu entschliessen, seine nuklearen Rüstungsanstrengungen auf einen Zusammenschluss und ein bescheidenes Auffrischen bestehender französischer und britischer Streitkräfte zu beschränken. Die daraus resultierende Nuklearmacht, in keiner Weise vergleichbar mit derjenigen der Supermächte, könnte ein Symbol der «Selbständigkeit» und gleichzeitig einen Abschreckungsbeitrag darstellen, der das sowjetische Kalkül erschweren würde.

Gesamthaft gesehen wäre die Neutralität eines in diesem Szenario vorgesehenen, sich zusammenschliessenden Westeuropa von ganz besonderer Art. Sie würde kaum dem traditionellen Neutralitätsbegriff entsprechen – aber dies wäre dann nur *eines* der vielen neuen Merkmale der Weltpolitik in den achtziger Jahren.

Szenario 2 für ein neutrales Westeuropa

Das Hauptkennzeichen dieses Szenarios ist das Fehlen eines Fortschritts in Richtung westeuropäische Integration. Ein einziger «Bremser» unter denjenigen Staaten, welche die erweiterte Gemeinschaft bilden, könnte dieses Resultat herbeiführen. Da die *Erwartung* engerer Bindungen und eines grösseren Zusammenhalts eine grundlegende Stosskraft hinter den Tendenzen zu einer westeuropäischen Integration gewesen ist, könnte das Ausbleiben dieser Aussicht viele der Zusammenarbeitspläne verunmöglichen, welche bisher funktionierten, und so die Aufspaltung und die Wiederentstehung nationaler Partikularinteressen unter den einzelnen westeuropäischen Staaten fördern. Während dies indes nicht alle oder auch nur die Mehrzahl der westeuropäischen Länder veranlassen würde, einen neutralen Status einzunehmen, so könnten einige von ihnen unter gewissen Bedingungen dazu kommen, irgendeine Form der blockfreien Politik als ihre beste Wahl zu betrachten. Mögliche Kandidaten für verschiedene Schattierungen der Neutralität im gespaltenen Westeuropa könnten Grossbritannien, Frankreich, Italien und Norwegen sein.

Dieses Szenario geht von der Annahme aus, dass die Vorstellung von einer sowjetischen Bedrohung in Europa radikal abgebaut ist – zum Beispiel als Resultat von Abkommen über Rüstungsbeschränkungen und einigen paneuropäischen Sicherheitsverträgen, einem relativ hohen Mass an Spannung in Südostasien und im Pazifik sowie einer gleichzeitigen Abgeneigtheit der USA, grössere Verteidigungslasten in Europa zu tragen. Westdeutschland, die Beneluxländer, Dänemark und möglicherweise Grossbritannien, Italien und Norwegen könnten wohl wünschen, sogar in dieser Situation eine gewisse transatlantische Bindung beizubehalten, und die USA könnten gewillt sein, entsprechende Dispositionen zu treffen. Diese hätten dann aber kaum den Charakter fester Beistandsverpflichtungen, sondern würden in einer rasch wechselnden Umwelt eher als allgemeine Rückversicherung dienen. Der hauptsächlichste gemeinsame Ansporn für die einzelnen westeuropäischen Länder, einen neutralen Kurs zu wählen, wäre einerseits die Abwesenheit einer unmittelbar fühlbaren militärischen Bedrohung und anderseits der Wunsch, nicht in die Konflikte der Grossmächte im Pazifik verwickelt zu werden.

Was in Szenario 1 in bezug auf die relative Natur der wirtschaftlichen Selbständigkeit ins Auge gefasst worden war, wäre auch auf dieses Szenario übertragbar, trotz der vorausgesetzten Tendenz zur Aufsplitterung in Westeuropa. Die letztere würde eine Rückkehr zu autarken Tendenzen in der Wirtschaftspolitik nicht einschliessen, sie würde vielmehr eine internationale Arbeitsteilung mit nationalen Regierungen und von Amerika aus gesteuerten multinationalen Konzernen (wahrscheinlicher als übernationale westeuropäische Institutionen und europäische Konzerne!) als Hauptzentren wirtschaftlicher Beschlüsse vorsehen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit einiger Einzelstaaten in einem auseinanderstrebenden Westeuropa, zum Beispiel Grossbritanniens, könnte sehr wohl einen Stand erreichen, wo neutrale Bestrebungen durch wirtschaftliche Notwendigkeit aufgehoben würden.

Bei dieser Annahme würden Frankreich und möglicherweise Grossbritannien einen Status der bewaffneten Neutralität anstreben, welcher jedem von ihnen ein Minimum an Unabhängigkeit von den beiden Supermächten sichern würde[11]. Was die andern westeuropäischen Staaten betrifft, welche einen neutralen Kurs einzuschlagen oder weiterzuverfolgen suchten, so könnten diese in eine Situation geraten, wo es ratsam wäre, eine politische Haltung einzunehmen, welche den sowjetischen Präferenzen genügend Rechnung trägt[12]. Im Falle Italiens könnte diese politische Orientierung aus einem erhöhten innenpolitischen Einfluss der Kommunistischen Partei Italiens herrühren sowie aus einer engeren Zusammenarbeit zwischen der letzteren und der sowjetischen Parteiführung – eine Annahme, die 1973 als nicht sehr wahrscheinlich erscheint, die jedoch als künftige Möglichkeit

nicht ausgeschlossen werden kann. Die Neutralität Norwegens würde wahrscheinlich von einem neutralen Grossbritannien abhängen und von der Entwicklung der Bindungen zum neutralen Schweden, die man sich noch enger vorstellen müsste, als wie sie aus dem raschen Fortschritt der norwegischen Integration während der sechziger Jahre hervorgegangen sind.

Neutralitätspolitik in Westeuropa

Welches wären die allgemeinen Merkmale der Aussenpolitik, die ein westeuropäischer Staat oder eine Staatengruppe verfolgen müssten, welche einen neutralen Status in den Konflikten zwischen den USA und der UdSSR einnehmen würden? Während einige der Charakteristika einer neutralen Politik in Westeuropa im vorhergehenden Abschnitt aufgezeigt wurden, könnte eine zusammenfassende Darlegung derselben ein klareres Bild der *Hauptinhalte* der unter den zwei Szenarios vorgesehenen Politik vermitteln.

Da zu erwarten ist, dass ein sich *zusammenschliessendes* neutrales Westeuropa in irgendeiner Phase die Ambitionen einer dritten oder vierten Weltmacht entwickeln würde, wäre seine Politik den Supermächten gegenüber von Bemühungen gekennzeichnet, alle Tendenzen in Richtung einer Bipolarität oder eines amerikanisch-sowjetischen weltweiten Kondominiums zu bekämpfen. Diese Versuche wären wahrscheinlich in bezug auf die atomare Bewaffnung und die grosse Strategie nicht sehr wirksam. Aber die begrenzte politische Nützlichkeit militärischer Machtmittel in den Beziehungen zwischen fortgeschrittenen Industriegesellschaften könnten wohl Westeuropa eine Chance eröffnen, die Rolle einer dritten oder vierten Weltmacht in andern wesentlichen Gebieten der internationalen Politik zu spielen, so insbesondere im Handel, im Finanzwesen und in der Technologie.

Gerade auf diesen Gebieten sind die osteuropäischen Staaten bestrebt, ihren Kontakt und Austausch mit Westeuropa zu erweitern. Ein integriertes, aber neutrales Westeuropa, welches seine Kooperation mit Osteuropa auszudehnen bemüht wäre, würde nicht so rasch sowjetische Befürchtungen erwecken wie eine mit den Vereinigten Staaten eng verbundene westeuropäische Gemeinschaft. Aber sogar unter den geschilderten Umständen blieben diese Entwicklungen eine höchst empfindliche, von Moskau sorgfältig zu beobachtende Angelegenheit. Viel Vorsicht und Geduld, einschliesslich das Sich-Abfinden mit gelegentlichen Rückschlägen wären deshalb erforderlich, um schliesslich ein Minimum an «Stabilität» und gegenseitig vorteilhafter Kooperation in den Ost-West-Beziehungen in Europa zu erreichen.

In seinen Beziehungen zu den Entwicklungsländern wäre ein sich zu-

sammenschliessendes Westeuropa wahrscheinlich immer noch gehemmt durch die kolonialen Vermächtnisse einiger seiner wichtigsten Mitglieder. Neutralität an sich wäre kaum ein Aktivposten in Westeuropas Beziehungen zu den armen Ländern. Aber ein nicht-verpflichteter Stand gegenüber beiden Supermächten in Verbindung mit der manifesten Fähigkeit und Bereitschaft, die wirklichen Bedürfnisse der unterentwickelten Länder zu erfüllen, könnte Westeuropa zum wichtigsten und bevorzugten Partner mancher dieser Länder werden lassen. Dies setzt allerdings eine bisher unverwirklichte gemeinsame Betrachtungsweise unter den Mitgliedern der erweiterten Europäischen Gemeinschaft voraus – sowohl in bezug auf die Grundprobleme, mit welchen die armen Nationen konfrontiert sind, als auch in bezug auf die geeignete Politik, um diese zu beheben.

Die in einem *sich spaltenden* Europa von einzelnen Staaten praktizierte Neutralität würde natürlich ein relativ weites Spektrum politischer Massnahmen erfordern, sowohl was die allgemeine Orientierung als auch die spezifischen Massnahmen betrifft. Einige derselben wurden oben kurz erörtert. Im ganzen könnte man sagen, dass die Position dieser Staaten gegenüber den Supermächten viel schwächer wäre, als wenn sie eine zunehmend kohärente Gruppe bildeten.

Die Ausdehnung der ost-westlichen Zusammenarbeit in Europa, die zwar von einzelnen Staaten des Kontinents sehr erwünscht wäre, würde wahrscheinlich durch die Asymmetrie in der regionalen Machtverteilung ernstlich behindert. Man braucht künftigen Sowjetregierungen nicht düstere Pläne zuzuschreiben, um zum Schluss zu gelangen, dass gerade die Möglichkeiten der Manipulation, welche Moskau in der vorgesehenen Situation zur Verfügung stünden, dahin tendieren würden, die einzelnen westeuropäischen Länder zu hindern, Pläne der Zusammenarbeit mit dem Osten zu vertiefen aus Angst, von der Sowjetunion zu stark abhängig zu werden.

In dieser Situation wäre Westeuropa wahrscheinlich nicht in der Lage, entscheidend zur Lösung einiger der dringenden Probleme technologisch und wirtschaftlich fortgeschrittener Gesellschaften beizutragen. Gleicherweise wäre sein Beitrag zu Programmen, welche den ominösen Zug zur Vergrösserung der Lücke zwischen armen und reichen Ländern umstossen wollen, eher bescheiden. Das bedeutet nicht, dass einzelne westeuropäische Länder nicht beispielhafte Projekte in der Dritten Welt durchführen und möglicherweise selbst in vorbildliche Unternehmungen im sozialen Bereich einsteigen könnten. Aber die Rolle Westeuropas in der Neuzuteilung grösserer Ressourcen für diese Zwecke sowie die dazugehörende Neuorientierung des öffentlichen Denkens wären wahrscheinlich von weit grösserem Belang, wenn die massgeblichen Regierungen und Nationen gemeinschaftlich vorgehen würden.

Die Zukunft der Neutralen Europas

Bisher haben wir uns hauptsächlich mit den Voraussetzungen und Konsequenzen einer *Ausbreitung* der Neutralität bis zur völligen Neutralisierung Westeuropas befasst; wir haben auch versucht, glaubwürdige oder wenigstens nicht unglaubwürdige Szenarios für eine Entwicklung in dieser Richtung darzulegen.

Wenn sich diese Entwicklung schliesslich doch als unwahrscheinlich erweisen sollte, stellt sich die Frage, wie wir die Zukunft der Neutralität, wie sie gegenwärtig in Europa praktiziert wird, beurteilen können. Werden die traditionellen blockfreien Länder in der Lage und gewillt sein, ihren Status beizubehalten? Wenn ja, welche spezifische Rolle können wir für sie in einem künftigen Europa ins Auge fassen? Eine angemessene Behandlung dieses Problems würde offensichtlich eine zweite Abhandlung erfordern. Die vorliegende Analyse wäre jedoch unvollständig ohne wenigstens einige allgemeine Bemerkungen zu diesem Thema, welches in den grösseren Problemkreis der Zukunft der Neutralität in Europa gehört.

Unsere Erörterungen dieser Fragen gründen auf zwei Annahmen: 1. dem Überwiegen eines fortdauernden Wunsches, die gesamteuropäische Entspannung und Zusammenarbeit zu erhalten und auszudehnen, 2. einigem Fortschritt in Richtung subregionalen Zusammenhaltes und Integration in Ost- und Westeuropa. Während die erstgenannte Strömung den europäischen Neutralen neue Möglichkeiten eröffnet, wie sie durch ihre kürzliche Darbietung in den multilateralen Beratungen in Helsinki deutlich wurden, kann die Dynamik der letzteren sehr wohl zu einer mächtigen Herausforderung an ihren Status als blockfreie Nationen werden. Im Falle Schwedens und der Schweiz beispielsweise kann die Glaubwürdigkeit ihrer Neutralität eventuell angenagt werden infolge der Verwicklung in die fortschreitende *De-facto*-Integration, welche die Entwicklung der Volkswirtschaft Westeuropas kennzeichnet, und zwar unabhängig von den formalen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und irgendeinem gegebenen Land. Angesichts dieser Tendenzen und des zunehmenden Zusammenhaltes subregionaler Gruppierungen würde die beste Chance der europäischen Neutralen, ein gewisses Mass an Selbständigkeit beizubehalten, in der Erweiterung der paneuropäischen Zusammenarbeit liegen.

Während die Integration in Ost- und Westeuropa eine Entwicklung mit klar zu unterscheidenden Merkmalen darstellt, lassen sich in der Bewertung ihrer Bedeutung für Europa als ganzem einige ähnliche Urteile beobachten. Die Befürworter der Integration auf *beiden* Seiten argumentieren, dass diese nicht nur mit näheren Bindungen zwischen Ost und West vereinbar, sondern geradewegs eine nötige Voraussetzung dazu ist. Diese Ansicht

scheint insofern gerechtfertigt, als subregionaler Zusammenhalt tatsächlich grösseres Vertrauen in die Lebensdauer bestehender politischer und wirtschaftlicher Strukturen in einer Periode zunehmender Interaktionen zwischen Ost und West zu schaffen vermag. In dem Mass, wie dies zutrifft, kann der subregionale Zusammenhalt tatsächlich den Spielraum für neue Ost-West-Geschäfte erweitern.

Anderseits lässt sich die Tatsache nicht leugnen, dass die Betonung der subregionalen Integration auch die Möglichkeit einschliesst, dass die ostwestliche Zusammenarbeit gefährdet wird durch neue Schranken und dadurch, dass nicht Paneuropa zum Brennpunkt der Aufmerksamkeit wird, sondern der subregionale Zusammenschluss. Die blockfreien Staaten Europas könnten eine bedeutsame Rolle spielen, indem sie diese zwei Strömungen im Gleichgewicht halten. Es war wohl diese Funktion der Neutralen, welche Bruno Kreisky vorschwebte, als er vor einigen Jahren vorschlug, dass der harte Kern der westeuropäischen Staaten, welche eine volle wirtschaftliche und politische Integration anstrebten, von einer Gruppe von Ländern umgeben sein sollte, welche eine losere Beziehung zur Europäischen Gemeinschaft unterhalten würden. Diese Gedanken sind heute noch ebenso relevant wie zur Zeit, als sie erstmals geäussert wurden.

Wie immer die Form eines künftigen europäischen Systems beschaffen sein wird: die blockfreien Länder werden den starken Einfluss der zentrifugalen Kräfte zu spüren bekommen, welche von den integrierenden politischen Gruppierungen in Ost und West ausgehen werden. Ihre weitere Fortdauer als relativ unabhängige Zentren der Reflexion und der Initiative scheint wesentlich für die Schaffung von lebensfähigen Kooperationsprojekten innerhalb des paneuropäischen Rahmens.

[1] Neutralität als Rechtsauffassung ist nur anwendbar, wenn Kriegszustand herrscht. Folglich sind die Rechte und Pflichten eines Neutralen in Kriegszeiten im internationalen Recht festgelegt, aber es gibt keine allgemein anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen für die Führung einer «neutralen» Politik in Zeiten des Friedens. – [2] Über die Bedeutung des Gleichgewichts der Macht zwischen den Kriegführenden als eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Neutralitätspolitik vgl. den Vortrag des damaligen schwedischen Botschafters am Court of St. James's, Gunnar Hägglöf, «A Test of Neutrality: Sweden in the Second World War», *International Affairs*, April 1960. – [3] Meine Ansicht in diesem Punkt deckt sich weitgehend mit derjenigen von Alva Myrdal im Artikel: «Neutralitetspolitik som princip och praktik», *Tiden*, 3/1969, S. 146ff. – [4] Henry Kissinger, «Coalition Diplomacy in a Nuclear Age», *Foreign Affairs*, July 1964, S. 529/30 (Übers. B. B.). – [5] Max Jakobson, «Finnish Neutrality – A Study of Finnish Foreign Policy Since the Second World War», Hugh Evelyn, London 1968, S. 50 (Übers. B. B.). – [6] Der Rückzug Frankreichs aus der NATO bedeutet zweifellos einen Schritt in dieser Richtung, doch scheint die allgemeine Orientierung der französischen Aussenpolitik in Europa während der letzten Jahre eine Bezeichnung wie «neutral» oder «blockfrei» nicht zu rechtfertigen. Vgl. da-

gegen Johan Galtung, «Cooperation in Europe», Universitetsforlaget, Oslo 1970, S. 21, der mit einigem Zögern Frankreich zur Kategorie der blockfreien Staaten in Europa zählte. – [7] Nähere Ausführungen zu diesem Punkt siehe S. 503 f. – [8] In dieser Darstellung denkbarer zukünftiger Entwicklungen in Westeuropa folgte ich den Gedankengängen von Gerda Zellentin in ihrer anregenden Studie «Europa 1985 – Gesellschaftliche und politische Entwicklungen in Gesamteuropa», Europäische Schriften des Bildungswerks Europäische Politik, Band 32, Europa Union Verlag 1972, Kapitel 5. – [9] Alastair Buchan, Hrsg., «Europe's Futures, Europe's Choices – Models of Western Europe in the 1970's», Chatto & Windus, London 1969, S. 133 (Übers. B. B.). – [10] Leonid Breschnews Ansprache vor dem 15. Kongress der sowjetischen Gewerkschaften am 20. März 1972 scheint anzudeuten, dass sich die gegenwärtige Sowjetführung diesem Stand nähert. Vgl. *Prawda*, 21. März 1972. – [11] Für eine detailliertere Erörterung der politischen Optionen eines gespaltenen Westeuropa vgl. A. Buchan, Hrsg., «Europe's Futures, Europe's Choices», S. 74. Beweggründe zu einem neutralen Grossbritannien und dessen Vorteile werden in Roderick Ogley, «The Theory and Practice of Neutrality in the Twentieth Century», Routledge & Kegan Paul, London 1970, S. 23–30, besprochen. – [12] Dieser Sachverhalt wurde oft mit «Finnlandisierung» bezeichnet, doch wird dieser Ausdruck hier vermieden, da ich ihn als irreführend und Finnland gegenüber unfair betrachte. Mit diesem Ausdruck wird die Tatsache abgewertet oder völlig ausser acht gelassen, dass durch die Befriedigung grundlegender sowjetischer Sicherheitsinteressen die Regierung in Helsinki in die Lage versetzt wurde, Moskaus Tolerierung eines demokratischen politischen Systems in Finnland und sich eine wesentliche Aktionsfreiheit in der internationalen Politik zu sichern. So sollte der Ausdruck «Finnlandisierung» – wenn überhaupt – nur gebraucht werden, um eine Politik zu bezeichnen, die beinhaltet, dass ein bestimmtes Land sich unter keinen Umständen gegen die Sowjetunion «zusammenrottet».

Nach einer Gastvorlesung, gehalten am 28. Mai 1973 an der Universität Zürich.